



## von Dr. Hugo Müller-Vogg

Die Rente ist sicher! Dieser legendäre Satz von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) gilt noch immer – aber anders als der CDU-Politiker das 1986 gemeint hatte. Sicher ist, dass die Rente an jedem Monatsende aufs Konto kommt. Ungewiss hingegen ist, wie hoch sie in Zukunft sein wird und von wann an sie künftig gezahlt wird. Das hat einen einfachen Grund: Immer weniger Beitragszahler müssen immer mehr Rentner finanzieren. Ironie der Geschichte: Es fehlen die Beitragszahler, die die Babyboomer, die jetzt das Rentenalter erreichen, nicht in die Welt gesetzt haben.

### Rente ist kein Hexenwerk

Nun ist unser Rentensystem kein Hexenwerk, sondern funktioniert nach einfachen Prinzipien. Erstens: Die Berufstätigen finanzieren mit ihren Beiträgen die Renten. Zweitens: Je höher die Beiträge und je länger sie gezahlt wurden, umso höher die Rente. Drittens: Die Renten steigen – vereinfacht gesagt – im selben Maß wie die Arbeitseinkommen.

Bei der großen Rentenreform im Jahr 1957 kamen auf einen Rentner noch sechs Beitragszahler. Zurzeit wird 1 Ruheständler von 1,8 Erwerbstätigen finan-

# Arbeiten bis 70? Es wird gar nicht anders gehen!

ziert, bis 2050 wird sich das Verhältnis auf 1,3 verschlechtern. Wenn immer weniger Beitragszahler eine immer höhere Rentenlast schultern müssen, gibt es nur vier Möglichkeiten, an dieser Schieflage etwas zu ändern: (1) Die Beiträge müssen steigen, (2) die Rentenerhöhungen geringer ausfallen, (3) der Staat muss noch mehr Geld in die Rentenkasse zuschießen (fast 110 Milliarden Euro im Jahr) oder (4) das Rentenalter wird weiter heraufgesetzt. Fünfte Möglichkeit: ein gleichzeitiges Drehen an allen vier Stellschrauben.

### Rentenprobleme schon früh prognostiziert

Das Dilemma: Höhere Beiträge lehnen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer ab, geringere Rentensteigerungen sind ebenso wie ein späterer Rentenbezug in der Bevölkerung höchst unpopulär. Mehr staatliche Zuschüsse wiederum sind angesichts der hohen Haushaltsdefizite kaum zu verantworten.

Das alles ist keine Überraschung. Rentenexperten haben bereits Ende 1970er Jahre sehr präzise vorhergesagt, was die demografische Entwicklung für die Rentenkasse bedeutet. Doch alle Regierungen haben mehr oder weniger nach dem Motto „allen wohl und niemand weh“ gehandelt. Reformen zur Berücksichtigung des demografischen Wandels folgten eher den Regeln der Politik („Stimmenmaximierung“) als den Gesetzen der Mathematik. Zudem wurde das ohnehin fragile System mit Wahlgeschenken wie Mütterrente und Rente mit 63 belastet.

### Ampel-Parteien bewegen sich nicht

Die Ampel-Koalition setzt den Weg der zum Scheitern verurteilten Minireformen fort. Die einzige innovative Renten-Idee im Koalitionsvertrag, der Einstieg in die Aktienrente, kam von der FDP. Sie kann

aber angesichts der vorgesehenen Summe (zunächst einmalig 10 Milliarden Euro) den Beitragsausfall durch das Ausscheiden vieler Beitragszahler nicht einmal ansatzweise ausgleichen.

An den Stellen, an denen man viel bewegen könnte, sind SPD, Grüne und FDP mehr oder weniger unbeweglich. Das Rentenniveau (Verhältnis zwischen Renten und Erwerbseinkommen) soll nicht sinken, die Beiträge sollen nur minimal angehoben werden, der Rentenzuschuss aus der Bundeskasse nicht ins Uferlose steigen. Mit Blick auf die nächsten Wahlen ist ein Anheben des Renteneintrittsalters ebenfalls tabu. Das klingt dann im rot-grün-gelben Koalitionsvertrag so: „Es wird keine Rentenkürzungen und keine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters geben.“

Im Grunde haben sich die Regierungsparteien zu einer Politik des Durchwurstelns entschieden. So kann man vielleicht den Wahltermin 2025 ohne leidige Rentendebatten erreichen, aber keine wirkliche Absicherung des Systems. Den Versuch, die Rentenproblematik mehr oder weniger auszusetzen, haben jetzt die Metallarbeitgeber gestört. Stefan Wolf, Chef von Gesamtmetall, hat da klare Vorstellungen: „Stufenweise werden wir auf das Renteneintrittsalter von 70 Jahren hochgehen müssen, auch weil das Lebensalter immer weiter steigt.“ Ansonsten werde das System mittelfristig nicht mehr finanzierbar sein.

### Politik muss ans Rentenalter ran

Der Arbeitgeberpräsident hat die meisten Rentenexperten und Ökonomen auf seiner Seite, ebenso die Bundesbank. Denn den Menschen einen möglichst frühen Ruhestand bei ordentlicher Altersversorgung zu gönnen, lässt sich leichter fordern als finanzieren. Wer deutlich steigende Beiträge ebenso ablehnt wie Rentenanpassungen, die hinter den Lohnsteigerungen zurückbleiben, der muss sich an die Altersgrenze heranwagen. Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) hat diesen Mut in der ersten Großen Koalition unter Merkel (2005 bis

**Hugo Müller-Vogg**  
war Mitherausgeber der *FAZ*,  
*Focus*-Kolumnist und ist gefragter  
Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *Welt* und *Phoenix*